

# Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i> .....	V
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> .....	XIX
<b>I. Teil: Einführung</b> .....	1
<b>A. Gegenstand und Gang der Darstellung</b> .....	1
§ 1 Gegenstand der Darstellung .....	1
§ 2 Gang der Darstellung .....	2
<b>B. Die wirtschaftlichen Grundlagen des Gemeinsamen Markts</b> .	3
§ 3 Die Lehre von den komparativen Vorteilen .....	3
<b>C. Die Regelungstechniken des EG-Vertrags</b> .....	5
§ 4 Negative und Positive Integration .....	5
I. Negative Integration: Marköffnung durch Verbotsnormen im EG-Vertrag .....	5
II. Positive Integration: Marköffnung durch gemeinschaftliche Rechtsangleichung .....	10
§ 5 Diskriminierungsverbot und Binnenmarktgebot .....	15
I. Das Diskriminierungsverbot, Art. 12 EG. ....	15
1. Die Grundfreiheiten als Ausprägungen des Diskriminierungsverbots .....	15
2. Gleichbehandlung, Ungleichbehandlung und Diskriminierung .....	16
3. Die verschiedenen Rechtfertigungsgründe .....	18
a) Unterschiedslos und unterschiedlich anwendbare Maßnahmen .....	18
b) Die Rechtfertigung unterschiedslos anwendbarer Maßnahmen .....	20
c) Die Rechtfertigung unterschiedlich anwendbarer Maßnahmen .....	23
d) Die Anwendbarkeit der geschriebenen und ungeschriebenen Rechtfertigungsgründe .....	25

## Inhaltsverzeichnis

4. Arten der Diskriminierung .....	26
a) Formelle und materielle Diskriminierung .....	26
b) Direkte und indirekte Diskriminierung .....	27
c) Protektionistische und umgekehrte Diskriminierung .....	31
II. Das Binnenmarktgebot, Art. 14 .....	32
§ 6 „Zwischenstaatliches Element“ und „rein interner Sachverhalt“ .....	35
§ 7 Die Adressaten der Regeln des europäischen Wirtschaftsrechts .....	37
§ 8 Die Eigenständigkeit der gemeinschaftsrechtlichen Begriffsbildung .....	40
 II. Teil: Die Warenverkehrsfreiheit .....	 42
A. Anwendungsbereich .....	42
§ 9 Der Begriff der „Ware“ .....	42
B. Die Bestimmungen des EG-Vertrags über den freien Warenverkehr .....	43
§ 10 Das Verbot mengenmäßiger Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung, Artikel 28–31 EG. ....	43
I. Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen, Art. 28, 1. Alternative .....	45
II. Maßnahmen Gleicher Wirkung wie Mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen, Art. 28, 2. Alternative .....	45
1. Die Entwicklung der Rechtsprechung .....	46
a) Das Urteil <i>Dassonville</i> .....	46
b) Das Urteil <i>Cassis de Dijon</i> .....	48
c) Das Urteil <i>Keck und Mithouard</i> .....	54
d) Das System der Rechtsprechung .....	61
2. Sekundärrecht zu Art. 28. ....	62
3. Die Bestandteile der <i>Dassonville</i> -Formel. ....	64
a) „Jede Handelsregelung.“ .....	65
b) „eines Mitgliedstaats.“ .....	65
c) „die geeignet ist.“ .....	67
d) „zur Behinderung.“ .....	67
e) „unmittelbar oder mittelbar.“ .....	67
f) „tatsächlich oder potentiell.“ .....	68
g) „des Handels.“ .....	68
h) „zwischen Mitgliedstaaten.“ .....	69
4. Die Rechtfertigungsgründe auch für unterschiedlich anwendbare Maßnahmen, Art. 30, 134. ....	71
a) Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen ..	72
b) Schutz der Gesundheit und des Lebens von Tieren oder Pflanzen. ....	75

c) Öffentliche Sittlichkeit. ....	76
d) Öffentliche Ordnung und Sicherheit. ....	76
e) Schutz des nationalen Kulturguts von künstlerischem, geschichtlichem oder archäologischen Wert. ....	78
f) Gewerbliches und kommerzielles Eigentum. ....	78
g) Schutzmaßnahmen gegenüber Drittlandswaren, Art. 134 UAbs. 2. ....	78
5. Die Rechtfertigungsgründe (nur) für unterschiedslos anwendbare Maßnahmen. ....	79
a) Maßnahmen mit Mehrfachbelastung. ....	79
b) Maßnahmen ohne Mehrfachbelastung. ....	81
c) Verbraucherschutz. ....	84
d) Redlichkeit des Handelsverkehrs. ....	85
e) Umwelt und Arbeitsumwelt, Art. 95 Abs. 4 und 5. Art. 95 Abs. 4. ....	86
f) Medienvielfalt. ....	87
g) Artenvielfalt. ....	88
h) Wirksamkeit der Steuerkontrollen. ....	88
i) Nationale oder regionale soziokulturelle Besonderheiten. ....	88
j) Finanzielles Gleichgewicht der Krankenversicherung. ....	88
k) Sonstige Rechtfertigungsgründe. ....	89
6. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, Artikel 30 Satz 2. ....	89
<b>III. Mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen und Maßnahmen Gleicher Wirkung, Art. 29</b> ....	91
<b>IV. Warenverkehrsfreiheit und Geistige Eigentumsrechte</b> ....	96
1. Die Spannung zwischen Warenverkehrsfreiheit und geistigen Eigentumsrechten ....	97
2. Sekundäres Gemeinschaftsrecht ....	98
3. Die Hauptfunktion geistiger Eigentumsrechte ....	98
a) Patente ....	99
b) Kennzeichen. ....	100
4. Der spezifische Gegenstand geistiger Eigentumsrechte. ....	101
5. Die Erschöpfung geistiger Eigentumsrechte ....	102
a) Zustimmung des Rechtsinhabers zur Erstvermarktung ..	103
b) Übereinstimmung der Waren und der erschöpften Rechte ....	108
c) Vermarktung in einem Mitgliedstaat ....	111
6. Die Folge der Erschöpfung: die Zulässigkeit von Paralleleinführen ....	112
7. Zulässigkeit von Veränderungen der Ware ....	114
a) Künstliche Abschottung der Märkte ....	115
b) Keine Beeinträchtigung des Originalzustands der Ware. ..	116
c) Keine Beeinträchtigung des Rufs der Marke oder ihres Inhabers ....	116
d) Unterrichtung des Markeninhabers. ....	117
e) Weitere Erfordernisse beim Umpacken von Arzneimitteln ....	117
<b>V. Staatliche Handelsmonopole, Art. 31</b> ....	117

# Inhaltsverzeichnis

§ 11 Das Verbot der Binnenzölle und zollgleichen Abgaben, Art. 25. . . .	120
I. Das Verbot der Ein- und Ausfuhrzölle, Art. 25, 1. Alternative	120
II. Das Verbot der zollgleichen Abgaben, Art. 25, 2. Alternative .	121
1. „Jede finanzielle Belastung“ . . . . .	121
2. „einseitig durch einen Mitgliedstaat.“ . . . . .	122
3. „auferlegt“ . . . . .	122
4. „die auf eingeführte oder auszuführende Waren wegen des Grenzübertritts erhoben wird“ . . . . .	123
a) Die Abgrenzung von Steuern und zollgleichen Abgaben .	124
b) Zollgleiche Abgaben kraft Verwendung des Steueraufkommens . . . . .	125
5. „unangesehen der Modalitäten der Erhebung, der Verwendung des Aufkommens oder des Ausbleibens protektionistischer Wirkungen“ . . . . .	126
§ 12 Das Verbot diskriminierender und protektionistischer Verbrauchssteuern, Artikel 90. . . . .	128
I. Der Anwendungsbereich des Artikels 90. . . . .	129
II. Der Begriff der inländischen Abgaben. . . . .	130
III. Unmittelbare und mittelbare Besteuerung von Waren. . . . .	130
IV. Das Verbot diskriminierender Steuern, Art. 90 UAbs. 1 . . . .	131
1. Gleichartige Waren . . . . .	131
a) Gleichartigkeit kraft gesetzlicher Unterscheidungsmerkmale . . . . .	132
b) Andere Fälle von Gleichartigkeit . . . . .	133
2. Vergleich der Abgabenbelastung. . . . .	133
a) Differenzierung der Steuersätze . . . . .	133
b) Diskriminierung bei den Steuersätzen. . . . .	134
c) Berechnung und Modalitäten der Steuerschuld . . . . .	134
V. Das Verbot protektionistischer Steuern, Art. 90 UAbs. 2 . . . .	135
1. Wettbewerb zwischen den Waren . . . . .	135
2. Mittelbarer Schutz inländischer Produktionen . . . . .	136
a) Protektionistische Wesenszüge der Besteuerung . . . . .	137
b) Fehlen einer Schutzwirkung . . . . .	137
C. Die Rechtsangleichung im Bereich des freien Warenverkehrs	139
§ 13 Die Harmonisierung im Bereich des Art. 28: Art. 94 und 95. . . . .	139
I. Voraussetzungen der Harmonisierung nach Art. 94 und 95 . .	139
II. Die „Richtlinien neuen Typs“ . . . . .	141
III. Das Informationsverfahren nach der Richtlinie 98/34/EG . .	142
§ 14 Die Harmonisierung im Bereich der Art. 25 und 90 . . . . .	144
I. Der Gemeinsame Zolltarif, Art. 26 . . . . .	144
II. Die Harmonisierung der indirekten Steuern, Art. 93. . . . .	144

<b>III. Teil: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die Niederlassungsfreiheit und die Dienstleistungsfreiheit</b>	<b>146</b>
<b>A. Der Anwendungsbereich der Art. 39, 43, und 49</b>	<b>146</b>
<b>§ 15 Die Entwicklung der Rechtsprechung zu den Personenverkehrsfreiheiten</b>	<b>146</b>
I. Die Entfaltung des Diskriminierungsbegriffs im Bereich der Personenverkehrsfreiheiten	147
II. Die Anwendung des Binnenmarktbegriffs auf die Personenverkehrsfreiheiten	149
III. Keck und die Personenverkehrsfreiheiten	150
<b>§ 16 Primäres und sekundäres Gemeinschaftsrecht im Bereich der Personenverkehrsfreiheiten</b>	<b>153</b>
<b>§ 17 Die Arbeitnehmerfreizügigkeit, Art. 39</b>	<b>154</b>
I. Der Begriff des Arbeitnehmers	155
1. Der allgemeine Arbeitnehmerbegriff	155
2. Teilzeitbeschäftigte	155
3. Bezieher niedriger Einkommen oder von Sachleistungen	155
4. Studenten, die zuvor Arbeitnehmer waren	156
5. Studenten, die nicht zuvor Arbeitnehmer waren	157
6. Arbeitslose	157
II. Zwischenstaatliches Element	158
III. Die Rechte der Arbeitnehmer und der anderen Berechtigten	159
1. Arbeitnehmer	159
a) Recht zur Bewerbung um tatsächlich angebotene Stellen (Art. 39 Abs. 3 Buchst. a)	159
b) Recht auf freie Bewegung zur Stellensuche (Art. 39 Abs. 3 Buchst. b)	160
c) Aufenthaltsrecht (Art. 39 Abs. 3 Buchst. c Halbsatz 1)	161
d) Recht der diskriminierungsfreien Berufsausübung (Art. 39 Abs. 3 Buchst. c Halbsatz 2)	162
e) Verbleiberecht nach Ende der Beschäftigung (Art. 39 Abs. 3 Buchst. d)	164
f) Soziale Sicherheit, Art. 42	165
2. Ehegatten	166
3. Kinder und andere Angehörige	168
4. Studenten	170
5. Arbeitslose	172
IV. Arbeitnehmerfreizügigkeit und Unionsbürgerschaft	175

# Inhaltsverzeichnis

§ 18 Die Niederlassungsfreiheit, Art. 43–48	179
I. Der Begriff der Niederlassung	179
II. Primäre und sekundäre Niederlassung	181
III. Zwischenstaatliches Element	182
IV. Die Niederlassungsfreiheit natürlicher Personen	183
V. Die Niederlassungsfreiheit juristischer Personen	185
1. Die Bestimmungen des Vertrags: Art. 48 und 43	186
2. Die Rechtsprechung des EuGH zum Niederlassungsrecht der Gesellschaften	190
a) Das Urteil <i>Segers</i>	190
b) Das Urteil <i>Daily Mail</i>	191
c) Das Urteil <i>Centros</i>	192
d) Das Urteil <i>Überseering</i>	193
e) Das Urteil <i>Inspire Art</i>	196
3. Gemeinschaftliche Rechtsangleichung im Bereich des Gesellschaftsrechts	197
a) Rechtsakte zur Einführung europäischer Einheitsformen für Gesellschaften	198
b) Harmonisierung des nationalen Gesellschaftsrechts	199
§ 19 Die Dienstleistungsfreiheit, Art. 49	202
I. Der Begriff der Dienstleistung	202
II. Die Grenzüberschreitung bei der Dienstleistung	204
B. Die Beschränkungen der Personenverkehrsfreiheiten und ihre Rechtfertigung	207
§ 20 Die Beschränkungen der Personenverkehrsfreiheiten	207
I. Erscheinungsformen von Beschränkungen	207
1. Arbeitnehmerfreizügigkeit	207
2. Niederlassungsfreiheit	208
3. Dienstleistungsfreiheit	208
II. Beschränkungen mit Mehrfachbelastung	208
III. Beschränkungen ohne Mehrfachbelastung	210
§ 21 Die Rechtfertigung der Beschränkungen	210
I. Die Rechtfertigungsgründe (auch) für unterschiedlich anwendbare Beschränkungen	211
1. Die „Bereichsausnahme“ für die öffentliche Verwaltung, Art. 39 Abs. 4, Art. 45, 55	211
2. Öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit, Art. 39 Abs. 3, Art. 46, 55	213
a) Materiellrechtliche Bestimmungen	214
b) Verfahrensgarantien	216

<b>II. Rechtfertigungsgründe (nur) für unterschiedslos anwendbare Beschränkungen</b>	218
1. Verbraucherschutz	219
a) Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit der Rechtsanwälte: die Richtlinien 77/249 und 98/5	220
b) Die wechselseitige Anerkennung berufsbefähigender Abschlüsse: die Richtlinien 89/48 und 92/51	224
2. Rechtfertigungsgründe im Zusammenhang mit direkten Steuern	230
a) Der Einfluss der Grundfreiheiten auf die direkten Steuern	230
b) Ungleichbehandlungen bei den direkten Steuern	231
c) Die Bekämpfung der Steuerhinterziehung und die Erfordernisse der steuerlichen Überwachung als Rechtfertigungsgründe	235
d) Die Kohärenz des nationalen Steuersystems als Rechtfertigungsgrund	237
3. Sonstige Rechtfertigungsgründe	238
<b>III. Die Verhältnismäßigkeit der Beschränkungen</b>	240
<b>IV. Teil: Die Kapitalverkehrsfreiheit</b>	242
§ 22 Die Entwicklung der Regeln über die Kapitalverkehrsfreiheit	242
§ 23 Die gegenwärtigen Regeln über die Kapitalverkehrsfreiheit, Art. 56–60	244
I. Der Begriff des Kapitalverkehrs	244
II. Der Begriff des Zahlungsverkehrs	244
III. Beschränkungen des Kapital- und Zahlungsverkehrs	245
IV. Rechtfertigung der Beschränkungen	246
1. Rechtfertigungsgründe (auch) für unterschiedlich anwendbare Beschränkungen, Art. 58	246
a) Anwendung der Vorschriften des Steuerrechts, die Steuerpflichtige mit unterschiedlichem Wohnort oder Kapitalanlageort unterschiedlich behandeln, Art. 58 Abs. 1 Buchst. a	247
b) Verhinderung von Zuwiderhandlungen auf dem Gebiet des Steuerrechts und der Finanzaufsicht, Art. 58 Abs. 1 Buchst. b, 1. Alternativ	247
c) Meldeverfahren, Art. 58 Abs. 1 Buchst. b, 2. Alternative	247
d) Öffentliche Ordnung oder Sicherheit, Art. 58 Abs. 1 Buchst. b, 3. Alternative	248
e) Zulässige Beschränkungen des Niederlassungsrechts, Art. 58 Abs. 2	248

## Inhaltsverzeichnis

2. Rechtfertigungsgründe (nur) für unterschiedslos anwendbare Beschränkungen . . . . .	249
a) Kohärenz des nationalen Steuersystems . . . . .	249
b) Raumplanung. . . . .	249
c) Klarheit des Systems der Grundpfandrechte . . . . .	250
3. Verhältnismäßigkeit der Beschränkungen, Art. 58 Abs. 3 . . . . .	250
 <b>V. Teil: Das Wettbewerbsrecht der Europäischen Gemeinschaft . . . . .</b>	 251
<b>A. Vorschriften für Unternehmen, Art. 81–86 . . . . .</b>	 251
<b>§ 24 Das Wettbewerbsrecht für Unternehmen . . . . .</b>	 251
I. Überblick . . . . .	251
II. Drei Tatbestände . . . . .	252
III. Verhältnis zu anderen Vertragsbestimmungen . . . . .	253
IV. Das Nebeneinander von gemeinschaftlicher und mitgliedstaatlicher Wettbewerbspolitik sowie des jeweiligen Rechtsschutzes . . . . .	254
<b>§ 25 Kartellverbot, Art. 81 . . . . .</b>	 255
I. Die Verbotsadressaten. . . . .	256
1. Unternehmen . . . . .	256
2. Unternehmensvereinigungen . . . . .	257
II. Verbotene Verhaltensweisen, Art. 81 Abs. 1 . . . . .	257
1. Vereinbarungen zwischen Unternehmen . . . . .	257
2. Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen . . . . .	258
3. Aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen . . . . .	258
III. Der relevante Markt . . . . .	259
IV. Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs . . . . .	261
V. Bezwecken oder Bewirken der Wettbewerbsverfälschung . . . . .	262
VI. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels und Spürbarkeitsschwelle . . . . .	263
VII. Freistellung vom Kartellverbot, Art. 81 Abs. 3 . . . . .	264
1. Freistellung durch Gruppenfreistellungsverordnungen . . . . .	264
2. Einzelprüfung nach Art. 81 Abs. 3 . . . . .	265
VIII. Nichtigkeit verbotswidriger Vereinbarungen und Beschlüsse, Art. 81 Abs. 2 . . . . .	266



§ 26 Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung, Art. 82.....	266
I. Marktbeherrschende Stellung .....	267
II. Missbräuchliche Ausnutzung der marktbeherrschenden Stellung.....	269
III. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten .....	270
§ 27 Verfahrensrecht zu den Art. 81, 82: Die Verordnung (EG) Nr. 1/2003 und ergänzende Verordnungen .....	270
§ 28 Zusammenschlusskontrolle, Verordnung (EG) Nr. 139/2004 .....	272
I. Anwendbares Recht und Zuständigkeiten .....	272
II. Begriff des Zusammenschlusses.....	272
III. Gemeinschaftsweite Größenordnung.....	273
IV. Behinderung wirksamen Wettbewerbs.....	273
V. Verfahrensrecht und weiteres Sekundärrecht zur Zusammenschlusskontrolle .....	274
§ 29 Konkurrenzen zwischen den Tatbeständen des Wettbewerbsrechts für Unternehmen.....	275
B. Staatliche Beihilfen, Art. 87–89 .....	275
§ 30 Das Beihilfenverbot und seine Ausnahmen, Art. 87.....	276
I. Das Beihilfenverbot, Abs. 1.....	276
1. Anwendbarkeit des Beihilfenverbots.....	277
2. „Beihilfe“ .....	277
a) Allgemeines.....	277
b) Unternehmen mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen.....	278
3. „staatlich oder aus staatlichen Mitteln gewährt“.....	279
4. „Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige“ .....	281
5. „die den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen“ .....	282
6. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten ...	282
7. Unvereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt.....	283
II. Mit dem Gemeinsamen Markt vereinbare Beihilfen, Art. 87 Abs. 2 .....	283
1. Beihilfen sozialer Art, Art. 87 Abs. 2 Buchst. a .....	284
2. Beihilfen zur Beseitigung von Schäden aus Naturkatastrophen und außergewöhnlichen Ereignissen, Art. 87 Abs. 2 Buchst. b .....	284
3. Beihilfen zum Ausgleich der Folgen der deutschen Teilung, Art. 87 Abs. 2 Buchst. c.....	284

# Inhaltsverzeichnis

4. Beihilfen, die unter eine Freistellungsverordnung fallen. . . .	285
a) Ausbildungsbeihilfen, Verordnung 68/2001 . . . . .	285
b) Beschäftigungsbeihilfen, Verordnung 2204/2002 . . . . .	286
c) Beihilfen von geringer Größenordnung (de minimis), Verordnung 69/2001 . . . . .	286
d) Beihilfen für kleine und mittlere Unternehmen, Verordnung 70/2001 . . . . .	287
5. Sektorale Beihilfenregelungen . . . . .	287
<b>III. Genehmigungsfähige Beihilfen, Art. 87 Abs. 3 . . . . .</b>	<b>288</b>
1. Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, Art. 87 Abs. 3, Buchst. a. . . . .	288
2. Beihilfen zur Förderung wichtiger Vorhaben und zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats, Art. 87 Abs. 3 Buchst. b. . . . .	288
3. Beihilfen zur Förderung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete, Art. 87 Abs. 3, Buchst. c . . . . .	289
4. Beihilfen zur Förderung der Kultur, Art. 87 Abs. 3 Buchst. d . . . . .	290
5. Sonstige Beihilfen kraft Ratsentscheidung, Art. 87 Abs. 3 Buchst. e. . . . .	290
<b>§ 31 Das Verfahren zur Kontrolle staatlicher Beihilfen, Art. 88 . . . . .</b>	<b>290</b>
<b>I. Überblick über das Verfahren . . . . .</b>	<b>290</b>
<b>II. Vorverfahren bei neuen Beihilfen, Art. 88 Abs. 3 . . . . .</b>	<b>292</b>
1. Überblick . . . . .	292
2. Die Mitteilungs- und Stillhaltepflicht der Mitgliedstaaten . .	292
3. Die Eröffnung des Hauptprüfverfahrens . . . . .	293
4. Rechtsschutz vor den Gemeinschaftsgerichten gegen die Entscheidung am Ende des Vorprüfverfahrens . . . . .	294
5. Die Rolle der mitgliedstaatlichen Gerichte . . . . .	295
<b>III. Vorverfahren bei bestehenden Beihilfen, Art. 88 Abs. 1 . . . . .</b>	<b>296</b>
<b>IV. Hauptprüfverfahren, Art. 88 Abs. 2 . . . . .</b>	<b>297</b>
1. Beteiligung am Hauptprüfverfahren . . . . .	298
2. Aussetzen und Rückforderung illegaler Beihilfen . . . . .	298
3. Rechtsschutz gegen Entscheidungen am Ende des Hauptprüfverfahrens . . . . .	300
<b>V. Die Rechtmäßigkeitsprüfung . . . . .</b>	<b>302</b>
1. Die äußerlichen Anforderungen an die Rechtmäßigkeit der Kommissionsentscheidungen . . . . .	302
a) Verfahren und Form . . . . .	302
b) Begründung. . . . .	303
2. Der Maßstab für die Rechtmäßigkeit der Kommissionsentscheidungen . . . . .	303

<b>VI. Teil: Fallaufbau</b> . . . . .	305
§ 32 Der Prüfungsaufbau für die Grundfreiheiten . . . . .	305
§ 33 Konkurrenzen zwischen den Grundfreiheiten. . . . .	306
I.    Konkurrenzen innerhalb der Vorschriften über die Warenverkehrsfreiheit . . . . .	306
II.   Andere Konkurrenzen . . . . .	307
1. Konkurrenzen zwischen den Personenverkehrsfreiheiten . . .	307
2. Konkurrenzen zwischen Personenverkehrsfreiheiten und Kapitalverkehrsfreiheit. . . . .	308
3. Konkurrenzen zwischen der Warenverkehrsfreiheit und den Personenverkehrsfreiheiten . . . . .	308
4. Konkurrenzen zwischen der Warenverkehrsfreiheit und dem Beihilfeverbot . . . . .	308
<b>VII. Teil: Prüfungsschemata</b> . . . . .	310
<b>A    Prüfungsschemata zur Warenverkehrsfreiheit</b> . . . . .	310
1. Verbot von Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Beschränkungen, Art. 28, 29. . . . .	310
2. Freier Warenverkehr und geistige Eigentumsrechte . . . . .	311
3. Verbot der Zölle und zollgleichen Abgaben, Art. 25 . . . . .	312
4. Verbot diskriminierender und protektionistischer Besteuerung, Art. 90 . . . . .	313
<b>B    Prüfungsschemata zum Primärrecht der Personenfreiheiten</b> .	314
1. Arbeitnehmerfreizügigkeit, Art. 39 . . . . .	314
2. Niederlassungsfreiheit, Art. 43 . . . . .	315
3. Dienstleistungsfreiheit, Art. 49 . . . . .	316
<b>C    Schema zu den Konkurrenzen zwischen den Grundfreiheiten</b> . . . . .	317
<b>D    Übersichten zum Sekundärrecht der Personenverkehrsfreiheiten</b> . . . . .	318
1. Einreise- und Aufenthaltsrichtlinie 68/360 und 73/148 . . . .	318
2. Richtlinie 64/221 . . . . .	318
3. Verordnung 1612/68. . . . .	319
4. Richtlinien 89/48 und 92/51 . . . . .	320

## **Inhaltsverzeichnis**

5. Richtlinien 77/249 und 98/5 .....	321
a) RL 77/249 – Freier Dienstleistungsverkehr der Rechtsanwälte .....	321
b) RL 98/5 – Niederlassung von Rechtsanwälten aus anderen Mitgliedsstaaten .....	322
<b>E. Prüfungsschemata zum gemeinschaftlichen Wettbewerbsrecht .....</b>	<b>323</b>
1. Art. 81 Abs. 1: Verbot von Kartellen .....	323
2. Art. 81 Abs. 3: Freistellung von Kartellen .....	324
3. Art. 82: Missbrauchsverbot .....	325
<b>VIII. Teil: Definitionskalender .....</b>	<b>326</b>
<b>A. Allgemeine Definitionen zu den Grundfreiheiten .....</b>	<b>326</b>
<b>B. Definitionen zum freien Warenverkehr .....</b>	<b>327</b>
<b>C. Definitionen zu den Personenverkehrsfreiheiten .....</b>	<b>328</b>
<b>D. Definitionen zum Wettbewerbsrecht der Gemeinschaft .....</b>	<b>329</b>
<b>IX. Teil: Besonders wichtige EuGH-Urteile .....</b>	<b>331</b>
<i>Sachverzeichnis .....</i>	<i>337</i>